

Betreff: Aktionsplan gegen Männergewalt

## **GEMEINSAMER DRINGLICHER ANTRAG VON SPÖ UND KPÖ**

eingbracht von Frau Gemeinderätin Anna Robosch  
in der Sitzung des Gemeinderates  
vom 16. November 2023

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

25 Mal hat im heurigen Jahr bereits ein Mann eine Frau in Österreich ermordet. An erster Stelle dieser traurigen Statistik steht die Steiermark mit 10 Frauenmorden. Dazu kommen auch noch 38 Mordversuche (Stand 8.11.2023, AUF). Österreich ist insgesamt eines der wenigen Länder, in dem mehr Frauen getötet werden als Männer. Wir haben ein großes Problem in unserer Gesellschaft und das heißt: Männergewalt. Die Täter waren fast immer Männer aus dem engsten sozialen Umfeld. Rund zwei Drittel aller Gewaltverbrechen an Frauen werden im eigenen Zuhause verübt und immer noch erfährt fast jede 5. Frau in Österreich körperliche und/oder sexualisierte Gewalt. Häusliche Gewalt ist folglich auch in Österreich ein Problem, das auf die patriarchalen Rahmenbedingungen unserer Gesellschaft zurückzuführen ist.

Die bisher gesetzten politischen Maßnahmen auf Bundesebene reichen nicht annähernd aus, um dieses Problem in den Griff zu bekommen. Vor allem die dafür zuständigen Ministerien scheinen den Ernst der Lage noch immer nicht erkannt zu haben. Speziell aus dem Innenministerium erwarten wir uns hier mehr finanzielle Unterstützung und Maßnahmen, immerhin geht es hier um den Schutz von mehr als der Hälfte der Bevölkerung. Nach den vielen Femiziden, die im ersten Halbjahr des Jahres 2021 verübt wurden, erhöhte die Bundesregierung ihre Ausgaben für den Opferschutz auf 24,6 Millionen Euro, doch die Aufstockung der Finanzierung ist bei den Einrichtungen bis jetzt immer noch vielerorts nicht angekommen. Die Forderung von Opferschutzorganisationen nach 228 Millionen Euro wurden nicht einmal annähernd umgesetzt. Das 2014 in Kraft getretene „Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt“, auch Istanbul-Konvention genannt, gilt momentan als wichtigstes internationales Rechtsinstrument gegen Gewalt an Frauen und häusliche Gewalt. Als SPÖ Frauen fordern wir schon lange einen nationalen Aktionsplan gegen Gewalt. Österreich muss die Istanbul-Konvention endlich umsetzen. Das heißt einen massiven bundesweiten Ausbau der Gewaltschutzeinrichtungen und Gewaltambulanzen, einheitliche Hochrisiko-Fallkonferenzen und Investitionen in Präventiv- und Täterarbeit. Besonders wichtig ist auch eine Verankerung des Gewaltschutzes in unserem Bildungssystem. Buben und junge Männer sollen so frühzeitig gewaltfreie Konfliktlösung und gesunde Männlichkeitsbilder lernen.

Denn Gewalt an Frauen ist nichts, um das sich Frauen alleine kümmern müssen. Es ist ein gesellschaftliches Problem, für dessen Lösung vor allem Männer gefragt sind. Es sind Männer, die diese Morde begehen, daher stehen Männer auch in der Verantwortung, dagegen vorzugehen. Frauenmorde sind nur die Spitze der Gewaltpyramide, die breite Basis bietet struktureller Sexismus. Aktiver Gewaltschutz heißt also auch, Alltagssexismus und frauenfeindliches Gedankengut bei den eigenen Freunden und Kollegen anzusprechen und sie auf Unterstützungsangebote zur Gewaltvermeidung hinzuweisen. Auch in der Kindererziehung ist gelebter Gewaltschutz entscheidend. Deshalb braucht es ein gut budgetiertes und flächendeckendes Angebot von Männerberatungsstellen, die essentiell sind, wenn wir präventiv gegen Gewalt vorgehen wollen und die Ursache für häusliche Gewalt und sexualisierte Übergriffe nicht bei den Betroffenen, sondern den Tätern suchen.

Daher stelle ich im Namen der SPÖ und KPÖ den

**gemeinsamen dringlichen Antrag:**

Die Stadt möge auf dem Petitionswege an die Bundesregierung, im Besonderen an Frauenministerin Raab, herantreten um schnellstmöglich einen nationalen Aktionsplan gegen Männergewalt auszuarbeiten, einen permanenten Krisenstab von Justiz-, Innen-, und Frauenministerium gemeinsam mit Frauen- und Opferschutzeinrichtungen einzurichten, flächendeckende Hochrisikofallkonferenzen zu schaffen und mit dem massiven Ausbau der Präventions- und opferorientierten Täterarbeit konkrete Schritte zur Verhinderung von Femiziden zu setzen.